

## Die Privatisierung des Rechts auf Asyl

### Leserbrief zu „Fast angekommen“, vom 27.05.2019

Der Artikel „Fast angekommen“ vom 27.05.2019 (S. 9) befasst sich mit der Situation besonders schutzbedürftiger Geflüchteter die im Rahmen der Umsiedlung ins Grenzdurchgangslager Friedland kommen. Dazu wird im Kasten kurz das im Mai verabschiedete Programm NesT – Neustart im Team - vorgestellt.

NesT – ein Projekt Seehofers – habe ich erstmals vor einer Woche als Hochglanzbroschüre zu sehen bekommen. In den Medien habe ich nichts darüber gelesen, dass ein solches Vorhaben auf dem Weg ist. Was da nun auf den Weg gebracht wurde, halte ich aus verschiedenen Gründen für hochproblematisch: es ist der Beginn der Teilprivatisierung des Artikels 16 GG, des Rechts auf Asyl.

Es geht um die lt. UNHCR 1,4 Millionen besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge, die im Rahmen der Umsiedlung in sichere Staaten gebracht werden sollen. Dazu haben sich weltweit mehrere Staaten verpflichtet, auch Deutschland. Menschen soll Schutz vor Verfolgung gewährt werden, ohne dass sie ihr Leben und das ihrer Kinder auf der Flucht etwa übers Mittelmeer riskieren müssen. Es ist absolut unterstützenswert und ich begrüße es, dass sich Deutschland dieser Maßnahme verpflichtet fühlt. Was da nun unter dem harmlosen Namen NesT aus Seehofers Ministerium kommt, ist jedoch ein Programm, dass die Aufnahme von Schutzbedürftigen privatisiert:

Deutsche könne gerne einen Geflüchteten nach Deutschland holen, um ihm „(...) ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen“, liest man in der Broschüre. Wer das will, muss nur eine geeignete Wohnung für den Geflüchteten oder seine Familie finden und die Kaltmiete auf zwei Jahre im Voraus zahlen. Man erkaufte sich also aus eigener Tasche den Schutz eines Menschen.

In der Broschüre liest sich das so: „Im Gegensatz zum rein staatlichen Resettlement arbeiten bei NesT Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand.“ Nein, falsch: der Staat entledigt sich lediglich seiner Verantwortung auf Kosten hilfsbereiter Bürger.

Es ist perfide, den Schutz und die Zuflucht von Menschen vom Geldbeutel und der Willigkeit einzelner abhängig zu machen!

Dass die Aufnahme vieler Geflüchteter und deren Integration klappt ist vor allem auch den Ehrenamtlichen zu verdanken: Sie bringen ihre Zeit, ihr Wissen, ihre Geduld, und auch viel Materielles ein. Als Dankeschön werden sie jetzt zur Kasse gebeten.

Rechte Gruppen feixen schon, jetzt könnten „die Gutmenschen“ mal zeigen, was ihnen „ihre Flüchtlinge“ wert ist. Danke Herr Seehofer! Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten.

Was für ein paternalistisches Weltbild liegt einem solchen Programm zugrunde, dass das Schicksal Schutzbedürftiger vom Geldbeutel und der Gutwilligkeit einzelner Deutscher abhängig macht? Apropos Paternalismus und Abhängigkeiten: Es ist nicht ausgeschlossen, dass NesT einen Anreiz für solche darstellt, die billigen Wohnraum zur Verfügung haben. Da ließen sich dann Geflüchtete reinkaufen, die vielleicht sogar gezwungen werden, die vorgelegte Miete abzuarbeiten. Viel Fantasie gehört zu solchen Szenarien nicht, gehören ja vor allem Frauen und Kinder zu besonders Schutzbedürftigen. Wie Seehofer das verhindern will, sagt uns die Broschüre nicht.

Im Mittelmeer sehen wir wohin es führt, wenn Staaten sich aus ihrer Verantwortung ziehen; die staatliche Seenotrettung ist defacto abgeschafft, und auf die Privatisierung der Seenotrettung durch die Zivilgesellschaft folgte nach Kurzem die Kriminalisierung derselben.

NesT – ein niedlicher Name für ein hochproblematisches Vorhaben: dem Ausverkauf des Rechts auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Ich wäre erfreut, wenn Sie diesen Leserbrief abdrucken, mehr noch, wenn er Anlass wäre sich in der Berichterstattung kritisch mit NesT zu befassen. Eine kontroverse Diskussion lohnt sicher mehr als die Privatisierung von Grundrechten durchs Hintertürchen.

*Tina Dürr, Wiss. Mitarbeiterin Philipps-Universität Marburg*